



Interviews

Datum: 01. September 2024

Benjamin Hammer im Gespräch mit Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel in Deutschland

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Hammer: Das Interview der Woche heute mit Benjamin Hammer und unser Gast ist Ron Prosor, der Botschafter des Staates Israel in Deutschland. Wir zeichnen dieses Gespräch am Freitagvormittag auf. Guten Tag, Herr Botschafter, herzlich willkommen im Deutschlandfunk.

Prosor: Guten Morgen.

Hammer: Ich will mit Ihnen über die aktuelle Lage im Nahen Osten sprechen, über die Terrorangriffe vom 07. Oktober, über Israels Angriffe im Gazastreifen, die Frage von Verhältnismäßigkeit. Wir wollen reden über die israelischen Geiseln, die weiterhin in Gaza festgehalten werden, auch über die Lage im von Israel besetzten Westjordanland. Ich würde mit Ihnen aber auch gerne sprechen über große, bislang unbeantwortete Fragen, die ja über die aktuelle Zeit hinausgehen. Wo soll das alles hinführen? Wer wird Gaza regieren und kontrollieren? Und welche Perspektiven gibt es, damit Israelis und Palästinenser mit- oder nebeneinander leben können in Frieden? Herr Prosor, den israelischen Geiseln im Gazastreifen, die noch leben, läuft die Zeit davon. Es gibt Berichte, dass sich Hamas-Anführer Yahya Sinwar gezielt mit Geiseln umgibt. Ihre Geheimdienste beobachten die Lage rund um die Uhr. Haben Sie nähere Informationen über die Lage, in der sich die Geiseln gerade befinden?

Prosor: Das Letzte, was wir wissen, ist, dass eine Geisel, die jetzt befreit worden ist, eigentlich uns erzählt hat, er war lange Zeit in diesem Tunnel und erzählte uns - Farhan Alkadi – und er berichtet, dass derjenige, der mit ihm war, eigentlich ermordet worden ist von Hamas. Also die Geiselhaft der Hamas ist aus meiner Sicht mörderisch. Unsere Bürger müssen endlich nach Hause kommen. Und davon muss niemand uns überzeugen. Also, eines der Ziele dieses Krieges ... also es sind zwei Ziele. Erst mal die militärische Struktur der Hamas zu beseitigen und zweitens die Geiseln nach Hause zu bringen. Es kann ein Waffenstillstand eigentlich gestern stattfinden, wenn die Geiseln zurück zu Hause sind. Das heißt, wir wissen nicht, wie viele zum Beispiel in diesen Deal ... wie viele am Leben sind, wie viele tot sind. Wie viele

bekommen wir? Also die Sachen, die für jeden normalen Menschen eigentlich ziemlich klar sind. Und Hamas ist in dieser Hinsicht mörderisch. Und, ja, Sinwar ist umgeben mit Geiseln und er weiß auch warum.

Hammer: Ein Teil der Angehörigen, der israelischen Angehörigen der Geiseln wirft Israels Premier Benjamin Netanjahu vor, ein mögliches Abkommen mit der Hamas zu sabotieren. Da heißt es aus der Perspektive mancher Angehöriger, die Forderung, dass Israels Armee an der Grenze zwischen Gaza und Ägypten bleiben müsse, das sei nur ein Spin, vorgeschoben. Avi Primor, einer Ihrer Vorgänger als Botschafter Israels in Deutschland, der sagt, Netanjahu habe kein Interesse, den Krieg zu beenden, weil sonst der Korruptionsprozess gegen ihn wiederaufgenommen werde.

Prosor: Ja, also Sie kennen Israel. Sie waren in Israel. In Israel gibt es Kritik tagtäglich. Und ich glaube, das, was Sie in Israel sehen, ist eigentlich eine echte Diskussion. Und die ist emotional mit den Familien von den Geiseln, die entführt und genommen sind nach Gaza. Und die große Frage ist: Wie bringt man die zurück nach Hause? Und ich glaube, dass diese Diskussion nicht nur interessant ist, denn es ist klar für mich, dass ohne wirklich einen Hebel, einen militärischen Hebel, Hamas die Geiseln nicht zurück nach Hause bringen wird. Und denken Sie mal nach. Die Voraussetzung für einen Deal ist, dass die Hamas eigentlich uns ganz klar sagt, dass sie die Geiseln zurückgeben. Und ohne diesen Hebel hat Hamas überhaupt ... die wollen überhaupt die Geiseln nicht wieder zurück nach Hause bringen. Alles, was sie wirklich wollen, ist irgendeine Verschnaufpause, um wieder mehr Waffen und Raketen ... und warum sage ich das? Denn was wir jetzt in Rafah sehen, also in diesen Grenzübergängen mit Ägypten, das ist kaum zu fassen. Also, ich möchte nicht zynisch sein, aber die Deutschen müssen also dahingehen, um zu sehen, wie man Autobahnen da baut, die Anzahl der Raketen, die Waffen. Und ohne, dass wirklich Druck auf Hamas gesetzt wird, werden wir die Geiseln nie sehen. Das heißt, die Diskussion ist da. Die Diskussion ist heftig. Aber letztendlich muss man also Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Also am 7. Oktober hat Hamas ohne Provokation Leute in ihren eigenen Häusern verbrannt, Frauen vergewaltigt und missbraucht. Und Israel reagiert darauf und muss – muss – die Geiseln wieder zurück nach Hause bringen... aber es sind leere Worte, wenn man sagt, die Geiseln sollen zurück nach Hause oder Krieg muss enden.

Hammer: Herr Prosor, die beiden Kriegsziele sind 330 Tage nach dem 7. Oktober noch nicht erreicht. Die Hamas ist nicht besiegt. Die Geiseln sind nicht frei. Und die Hamas hat nach dem 7. Oktober im Westjordanland noch an Zustimmung gewonnen. Sie ist ja nicht nur eine Terrororganisation, laut Israel, der EU und den USA,

sondern auch eine politische Bewegung, eine Ideologie. Kann man die Hamas überhaupt besiegen?

Prozor: Die Antwort ist: ja. Also, wir müssen diese Ideologie von Hamas, aber insbesondere die Infrastruktur von Hamas, militärische Infrastruktur, beseitigen. Warum? Weil es unmöglich ist, wirklich Frieden zu erreichen, wenn Hamas militärisch noch in Gaza eigentlich die Oberhand hat. Kann man die Ideologie aus den Menschen rausnehmen? Die Antwort ist eigentlich: nein. Das wird Jahre dauern. Aber vergleichen Sie es mit dem Islamischen Staat. Die Ideologie ist noch da, aber die haben nicht die Möglichkeit, diese Ideologie in die Tat umzusetzen - oder wenige. Das müssen wir also auch mit Hamas auf jeden Fall tun. Hamas muss beseitigt werden. Wir können weitere Schritte oder Ansprechpartner, die wirklich Frieden wollen, mit Hamas nicht erreichen.

Hammer: Stichwort Ansprechpartner. Die Palästinensische Autonomiebehörde ist der internationale Ansprechpartner bei den Palästinensern, spricht sich für eine Zweistaatenlösung aus und hat in der Vergangenheit zusammen mit Israel den Terror bekämpft, kooperiert. Wäre es nicht jetzt gerade für Israel an der Zeit, die PA zu stärken, statt zu schwächen?

Prozor: Zufälligerweise sprechen Sie heute Morgen mit demjenigen, der Staatssekretär war, als Israel sich einseitig aus dem Gazastreifen herausgezogen hat. Wie haben wir damals gedacht? Wir haben gesagt, ja, wir müssen die Gleichung ändern, weil wir keinen Ansprechpartner haben – eins. Zwei: Es waren die Diskussionen über „Siedlungen als größte Hürde zum Frieden“. Haben wir gesagt: Ja, wir nehmen 22 Siedlungen raus und auch viele Siedlungen in der Westbank raus, um politischen Horizont zu zeigen. Das war damals die Idee, eine Zweistaatenlösung. Aber ... und das hier ist eine Herausforderung für Sie und alle anderen. Das heißt, die Herausforderung ist, dass jeder Politiker hier in Deutschland und auch in den Medien sagt, Zweistaatenlösung ... wie ein Papagei: Zweistaatenlösung, Zweistaatenlösung.

Hammer: Wir sprechen gleich noch darüber. Ich fragte jetzt in der aktuellen Phase nach einer Stärkung der Palästinensischen Autonomiebehörde, die zum Beispiel auch im Gazastreifen Kontrollfunktionen übernehmen könnte, was laut Medienberichten Israel ablehnt.

Prozor: Aber das ist Theorie. Also, wenn ich mich nicht täusche, nachdem ich Staatssekretär 2007 nach London ... hat Abu Masen (Anmerkung der Redaktion: Der palästinensische Präsident Abbas) einen Fuß in Gaza nicht. Die haben überhaupt in Gaza gar nichts zu sagen. Zweitens, im Bereich Bekämpfung des Terrors, das ist auch ein bisschen übertrieben, wenn man auch die Umfragen mal sieht von Shikaki in der Westbank. 80 Prozent ungefähr der palästinensischen Bevölkerung in der

Westbank hätten genau dasselbe am 07. Oktober, ein Massaker gegen Juden gemacht. Und wir müssen ganz klar diesmal ... kein Terrorstaat. Und ich möchte zurückgehen nachher, wenn Sie es gestatten, und darüber reden, was es wirklich heißt: Zweistaatenlösung.

Hammer: Die Umfragen des palästinensischen Politikwissenschaftlers Shikaki, die Sie ansprechen, haben lange Zeit aber auch eine große Unterstützung der Palästinenser für eine Zweistaatenlösung ergeben. Das nur kurz für unsere Hörerinnen und Hörer. Lassen Sie uns noch auf den Gaza-Krieg erneut schauen. Der begann mit dem Terror gegen Israel am 7. Oktober. Über 1.000 Israelis wurden ermordet, Hunderte verschleppt, darunter Frauen und Kinder. Israel hat daraufhin den Gaza-Streifen angegriffen. Zehntausende Palästinenser wurden dort getötet. Darunter militante Kämpfer, aber auch viele Zivilisten, viele Kinder. Große Teile des Gazastreifens sind völlig zerstört. Manche Videoaufnahmen sehen apokalyptisch aus. Alle Universitäten des Gazastreifens wurden durch Israel zerstört, Schulen und Schutzzonen angegriffen teilweise und sogar ihr engster Verbündeter, die USA, spricht von möglichen Verletzungen des Völkerrechts. Ist Israels Kriegsführung verhältnismäßig?

Prosor: Gut, versuchen wir jetzt mal für uns selbst. Was wäre verhältnismäßig? Ist es verhältnismäßig, wenn wir in Gaza 364 Jugendliche aussuchen, die auch etwas mit Musik ein bisschen zu tun haben und sie hinrichten? Nicht 360, nicht 370, genau 364. Ist es verhältnismäßig oder logisch, wenn dieselbe Anzahl der Frauen, die vergewaltigt waren und missbraucht werden, aber nicht mehr und nicht weniger und dieselbe Anzahl der Babys, denen eigentlich der Kopf abgehackt wurde. Also, Israel versucht alles zu tun, um Zivilisten also nicht, also zu zielen. Aber Hamas tut es absichtlich. Und ich möchte ... und das werde ich nur einmal wirklich zitieren. Was Yahya Sinwar, der Führer von Hamas sagt: „Wir unterstützen die Auslöschung Israels durch bewaffneten Dschihad und Kampf. Das ist unsere Doktrin. Wir machen nur mit Blut Schlagzeilen. Kein Blut, keine Nachrichten.“ Tote Palästinenser – und ich zitiere – nennt er notwendige Opfer. Das heißt, wir Israelis benutzen unsere Waffen, um unsere Bevölkerung zu schützen. Hamas benutzt ihre Bevölkerung, um ihre Waffen zu schützen. Und das ist ein großer Unterschied. Und jetzt im Bereich Schulen, Moscheen, Krankenhäuser ... heute muss man niemandem erzählen, wir haben Beweise dafür, dass sie das zu Terrorzentralen gemacht haben. Es ist kaum zu fassen. Ich höre auch von meinen Freunden, wo man wirklich Moscheen, Schulen ... sind also Raketen, Abschussraketen. Also die haben wirklich das missbraucht und das muss man eigentlich als wirkliche Tatsache sehen.

Hammer: Ihre Kritiker würden möglicherweise entgegenen, dass Bilder von absoluter Zerstörung, nur noch Staub und Geröll, nicht zur Aussage passen, man gehe sehr präzise, vorsichtig vor und versuche alles, um ziviles Leid zu verhindern.

Prozor: Darf ich da etwas sagen? Also in dieser Hinsicht ... stellen Sie sich vor, schwer bewaffnete Männer ziehen neben Ihnen ein und plötzlich wird der Balkon zur Abschussrampe, die Küche zum Bombenlabor und das Schlafzimmer zum Waffenlager. Und das sehen unsere Soldaten tagtäglich.

Hammer: Herr Botschafter, Ihr Job wird gerade nicht einfacher. Durch Minister in der israelischen Regierung, die von vielen als rechtsextrem eingestuft werden, Itamar Ben-Gvir war schon vor Jahrzehnten so extrem, dass ihn die israelische Armee gar nicht erst einzog. Er wurde vom israelischen Inlandsgeheimdienst überwacht, 2007 wegen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Ben-Gvir ist heute Minister für Nationale Sicherheit in Israel. Ein anderer Minister der Regierung, Bezalel Smotrich, sagte vor kurzem, es könnte moralisch gerechtfertigt sein, die Menschen in Gaza auszuhungern, bis die Geiseln frei seien. Repräsentieren Sie als Botschafter auch diese Minister der israelischen Regierung?

Prozor: Ich repräsentiere einen demokratischen Staat – einen demokratischen Staat, wo in Israel heftige Diskussionen eigentlich über Leben und Tod tagtäglich stattfinden. Schauen Sie sich an heute wie leidenschaftlich in Deutschland über die Wärmepumpe gestritten wurde. Darüber gab es hier wochenlange Debatten. In Israel geht es nicht um Wärmepumpen, sondern um Menschenleben. Wie können wir unsere Geiseln retten und gleichzeitig sicherstellen, dass sich der Terror des 7. Oktober nicht wiederholt? Dass darüber manchmal auch heftig gestritten wird, ist normal in einer Demokratie. Die Regierung Israels wird am Ende eine gemeinsame Entscheidung treffen, trotz aller Rhetorik. Das letzte Wort, das ist das Wichtige, hat Premierminister Netanjahu. So wird auch in Deutschland Bundeskanzler Scholz das letzte Wort haben.

Hammer: Mit Verlaub, Sie sind jetzt ein bisschen ausgewichen, haben nicht gesagt, ob Sie diese beiden Minister bestätigen. Der EU-Außenbeauftragte, der wird konkreter und hat Sanktionen gegen israelische Minister ins Spiel gebracht. Da geht es um die beiden, weil sie dazu anstachelten, Kriegsverbrechen zu begehen. Was halten Sie von dieser Forderung?

Prozor: Gut, Borrell in dieser Hinsicht versucht, sein Amt ist zu Ende am 31. Oktober, er versucht alles zu tun, um wirklich Israel zu dämonisieren und delegitimieren. Es ist kaum zu fassen. Er versucht also jetzt mal Sanktionen gegen demokratische gewählte Politiker. Aber nicht nur das. Völlig einseitig, unterstützt Hamas und auch Iran. Und aus meiner Sicht bin ich sehr, sehr froh, dass sein Amt zu Ende ist. Und ich bin sicher, dass die Europäische Union mit Israel, mit Kallas als seine Nachfolgerin ein neues Kapitel anfangen kann.

Hammer: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk, heute mit dem israelischen Botschafter in Deutschland, Ron Prosor. Herr Botschafter, ich zitiere aus den Leitlinien der aktuellen israelischen Regierung. Dort heißt es: „Das jüdische Volk hat ein exklusives Recht auf alle Gebiete von Eretz Israel.“ Damit ist auch das von Israel besetzte Westjordanland gemeint. Ihre Regierung unternimmt viel, um einen palästinensischen Staat zu verhindern, unter anderem mit dem Ausbau von Siedlungen im besetzten Westjordanland. Aktuell kämpfen Sie auf diplomatischer Bühne gegen die Anerkennung eines Staates Palästina, zum Beispiel durch Länder wie Norwegen. Israel beansprucht das Westjordanland, es soll gleichzeitig keinen Staat Palästina geben. Israel will außerdem eine Demokratie bleiben. Wann geben Sie Palästinensern im Westjordanland die israelische Staatsbürgerschaft?

Prosor: Ich glaube, wenn wir darüber nachdenken – und ich habe viel Erfahrung, wie Sie wissen –es ging niemals wirklich um die Errichtung eines palästinensischen Staates. Es geht eigentlich um das Existenzrecht eines jüdischen Staates. Und wir kehren zurück damals, zu diesem einseitigen Rückzug aus Gaza, wo ich Staatssekretär war, denn die Idee war wirklich einen Anfang, eine Zweistaatenlösung zu machen. Und Hamas hat es, also jetzt mal kurz gesagt, zu einem Terror-Hub gemacht. Sie haben Gewächshäuser, die wir ihnen gegeben haben, in Brand gesetzt. Sie haben ihre eigene Bevölkerung ... und ich glaube, dass wir alle etwas davon lernen müssen, dass die Ideologie, diese tödliche Ideologie, islamistische Ideologie, ohne politische Correctness hier zu spielen, tödlich ist. Es genügt nicht zu sagen zwei Staaten. Man muss sagen, Zweistaatenlösung, ein jüdisch-demokratischer Staat und ein palästinensischer demokratischer Staat, zwei Staaten für zwei Völker. Ich möchte Sie und andere fragen, versuchen Sie den Palästinensern diesen kleinen Satz, zwei Staaten für zwei Völker ... und darum glaube ich, dass die Mehrheit in Israel, und das haben wir auch in der Vergangenheit gezeigt, auch mit Ägypten und Jordanien, wir sind bereit, territorial das zu tun, was vernünftig ist, um Frieden zu erreichen. Niemand muss uns überzeugen als Israelis, mit dieser Nachbarschaft, die nicht gerade Luxemburg, Liechtenstein ist, warum wir Frieden brauchen. Aber es kann nicht wieder ein Terrorstaat, wie in der Vergangenheit ... das wird in Israel und ich glaube in der Welt ... und diejenigen, die Norweger oder die Spanier, die jetzt anerkennen einen palästinensischen Staat, nachdem ein Massaker ... eine Belohnung für dieses Massaker ohne direkte Verhandlungen zu tun, was eigentlich Oslo – Sie haben das erwähnt – also ganz klar vorsieht. Das ist ein großer Fehler.

Hammer: Ein Massaker, das nicht verübt wurde durch die Palästinensische Autonomiebehörde und ein palästinensischer Botschafter würde jetzt von seiner Perspektive aus die Gründe vorbringen, warum zum Beispiel durch den Ausbau von Siedlungen, Siedlergewalt, ein Frieden, eine Zweistaatenlösung nicht möglich ist.

Prozor: Das ist schon eine Diskussion. Bringen Sie uns zusammen

Hammer: Das können wir sehr gerne machen, wenn Sie beide zusagen.

Prozor: Ich sage zu.

Hammer: Was mich immer wieder verblüfft, Herr Botschafter, und mich beschäftigt, ist: Natürlich ist es eine extrem schwer zu beantwortende Frage. Wo soll das hinführen? Und natürlich wird seit Jahrzehnten versucht, Lösungen auch auf diplomatischer Bühne zu erreichen. Gleichzeitig scheint es mir, dass es eine große Konzeptlosigkeit, eine Ideenlosigkeit gibt, wo das alles hinführt. Die Minister, die ich angesprochen habe in Ihrer Regierung, versuchen einen palästinensischen Staat zu verhindern. Es werden immer mehr Siedlungen gebaut. Aber die große Frage, wie in 30, 40, 50 Jahren Ihre Kinder und Enkelkinder dort in Frieden zusammenleben, die ist zum Beispiel auch kaum Thema in israelischen Wahlkämpfen. Wird dieses Thema verdrängt?

Prozor: Nein, das kann nicht verdrängt werden. Wir leben damit tagtäglich. Aber wir müssen auch uns selbst daran erinnern, in welcher Nachbarschaft wir leben. Ich glaube, dass wir alle dieses Modell der Abraham-Abkommen mit diesen Staaten eigentlich unterstützen sollen. Wenn Sie mich fragen, strukturell, hätte ich versucht, ein arabisches Quartett jetzt in diesem Bereich (zu schaffen). Das heißt, dass die Saudis, die Emirate, die Ägypter und Jordanien jetzt wirklich hineinkommen und mithelfen, einen demokratisch-palästinensischen Staat auf den Weg zu bringen. Also, meines Erachtens müssen die Araber selbst nicht nur moderat, ich nenne keinen arabischen Staat moderat, sondern pragmatische arabische Staaten mitmachen, damit wir echt ... und ich bin sehr optimistisch, dass wir es aus dieser Katastrophe auch irgendwie eine neuen Zukunft schaffen können.

Hammer: Das ist bemerkenswert, ein demokratisch-palästinensischer Staat mit der Hilfe von arabischen Staaten. So konkret ist Benjamin Netanjahu zum Beispiel nicht geworden in der Vergangenheit.

Prozor: Übrigens, da gibt es ... denken Sie mal nach. Es gibt etwas Problematisches, das Sie und ich verstehen. Wir können nicht gerade demokratischen Staaten, jetzt mal einem palästinensischen Staat, demokratische Strukturen beibringen. Das heißt, ja, aber das ist das Beste, das wir am Anfang überhaupt machen können.

Hammer: Herr Botschafter, ich würde gerne Ihnen noch eine persönliche Frage stellen. Ihr Vater wurde als Ulrich Proskauer 1927 in Berlin geboren. Ihre jüdische Familie musste aus Deutschland fliehen, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Heute wird in zwei Bundesländern gewählt und die in Teilen rechtsextreme AfD könnte stärkste Partei werden. Ich möchte Sie also ganz persönlich fragen, vor dem Hintergrund Ihrer Familiengeschichte: Was geht Ihnen da durch den Kopf?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Prozor: Erlauben Sie mir eine Minute über meine Familie zu sprechen. Es ist nicht nur mein Vater, Ulrich Proskauer, der hier in der Eisenbahnstraße mit seiner Schwester Lieselotte geboren ist, sondern auch meine Großeltern Friedel und Berthold Proskauer. Berthold Proskauer war ein Offizier, ein preußischer Offizier. Die Familie war eine nationale, patriotische, deutsche Familie. Und war bin sehr, sehr stolz wirklich als Botschafter des jüdischen Staates hier mein Beglaubigungsschreiben an Präsident Frank-Walter Steinmeier zu übergeben. Diese Beziehung liegt mir sehr, sehr nah am Herzen. Das ist eigentlich Jugendaustausch, Schüleraustausch. Und ich war hier in Bonn. Das war mein erster Posten von 1988 bis 1992. Und als die Mauer gefallen ist, war ich für die fünf neuen Bundesländer – unter Anführungszeichen – zuständig. Ich bin quer durch die Bundesländer gefahren. Wenn sie sich wirklich im Spiegel ansehen, können Sie sehr, sehr stolz darauf sein, was Sie in all diesen Jahren geschafft haben in den Ostländern. Zur direkten Frage: Ich habe es immer nicht so gern, wenn man sich in meinen demokratischen Staat einmischt, wie man eigentlich wählen soll. Ich habe sehr viel Respekt vor der deutschen Demokratie. Jeder Wähler, der zu den Wahlurnen geht, bin ich sicher, dass er für sich selbst die richtige Wahl trifft. Und ich werde auf jeden Fall nach den Wahlen Sachsen, Thüringen, Brandenburg und all diese Länder auch weiter besuchen.

Hammer: Darf ich es noch einmal versuchen?

Prozor: Bitte.

Hammer: Die AfD gibt sich proisraelisch und hätte gerne engere Kontakte zu Ihnen, zum Staat Israel auf Delegationsreisen nach Israel. Und Ihre Regierung ist da aktuell zurückhaltend. Ist denn eine Normalisierung mit der AfD für Sie vorstellbar?

Prozor: Ich möchte, dass unsere Zuhörer auch verstehen, dass in dieser Hinsicht meine Regierung und ich selbst zurückhaltend sind. Ich glaube, dass wir das nicht in der Zukunft ändern werden. Aber wie gesagt, wir sehen demokratische Strukturen. In Deutschland habe ich gesehen, wie gut diese demokratischen Strukturen funktionieren. Und wir werden es in der Zukunft sehen, aber ganz klar ist unser Stand gegenüber AfD sehr, sehr klar.

Hammer: Ron Prozor, Herr Botschafter, herzlichen Dank für Ihre Zeit und das Gespräch.

Prozor: Und ich wünsche Ihnen und allen Zuhörern noch ein schönes Wochenende.

Hammer: Danke schön.

Prozor: Danke.